

Saale-Beitung.

Neunundzwanzigster Jahrgang.

Anzeigen werden die Spalte oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von anderen Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen.

Bezugspreis für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei monatlicher Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., pro monatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Nr. 5382 des allgem. Zeit.-Verz. Für die Redaktion verantwortlich: Hans Paulus in Halle. (Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg etc. Telephon-Nr. 176.)

Nr. 213. Halle a. d. Saale, Mittwoch den 8. Mai. 1895.

Die Freiheit der Wissenschaft.

Der Fall Kronz beginnt auf den deutschen Universitäten allgemach ähnliche Unruhen hervorzurufen wie bisher das Umsturzgesch. Ausgehend ist die Frage sehr einfach. Handelt es sich doch nur um einen „Sozialdemokraten.“ Soll ein Sozialdemokrat Universitätslehrer sein dürfen? Wie viele Männer der bürgerlichen Parteien werden nicht an sich geneigt, diese Frage zu verneinen. Allein man kann sich gegen die Konsequenzen nicht wehren. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Wer heute einen Sozialdemokraten wegen seiner politischen Gesinnung vom Lehrstuhl ausschließt, der muß sich gefallen lassen, daß morgen auch ein freisinniger oder national-liberaler oder konservativer Mann demselben Schicksal verfallt. Und erönt nicht von der äußersten Rechten der Auf, daß die theologischen Fakultäten gebildet werden müssen? Verlangt man dort nicht, daß jeder Professor, der nicht an das Apollonkultus in seinem Wortlaut festhalten glaubt, die Berechtigung verliert, seine Studenten zu unterrichten? Auf der anderen Seite ist nicht Herr v. Suttum gegen die Kathedersozialisten aufgetreten, als seien sie mindestens so schlimm wie die Sozialdemokraten. Hat man nicht Herrn Adolf Wagner in der bestmöglichen Weise angegriffen? Ist nicht ein Mann wie der Pastor Neumann geradezu als Sozialdemokrat bezeichnet worden? Und wiederum betrachtet man die Dinge von einem anderen Standpunkt. Es ist gesagt worden, daß Bismarcks Politik und Antikommunismus so schlimm seien wie Sozialdemokraten. Herr von Bennigsen hat erklärt, der Antrag König überbreite alle sozialdemokratischen Forderungen. Kann da nicht verlangt werden, daß auch, wer an antisemitischer oder bismarckischer oder agrarischer Agitation theilnimmt, aus den Hallen der Hochschulen vertrieben werde?

teien. Sie ist der Meinung, daß die Lehrstühle nicht nach der sogenannten „guten Gesinnung,“ sondern nach der wissenschaftlichen Tüchtigkeit zu besetzen seien. Soll es anders werden in Preußen? Und dabei erkennt die Regierung selbst an, daß der Privatdozent, um den es sich handelt, im übrigen einwandfrei sei.

Unwillkürlich erinnert man sich angefaßt der Umsturzvorlage der Karlsbader Beschlüsse und angefaßt der neuesten Angriffe gegen die Universitäten der Mahjanen, die einst in der Zeit der Demagogenreiterei gegen die Hochschulen unternommen wurden. Allein die Freiheit der Wissenschaft, die Geistesfreiheit, die Freiheit der Kunst und der Literatur, das sind Güter, die der deutschen Nation ganz besonders an das Herz gewachsen sind. Wer an sie rührt, der verletzt das Volk der Deutscher an seiner empfindlichsten Stelle. Deshalb ist es auch begrifflich, daß der Minister Boffe seinerseits ein Einschreiten gegen Dr. Kronz nicht vornehmen wollte, sondern die Angelegenheit erst der Prüfung des Staatsministeriums unterbreitete. Wir glauben, daß Herr Boffe sich nur schwer überwinden würde, einen Privatdozenten der Physik, gegen den nicht vorliegt als eine noch dazu ziemlich maßvolle Tätigkeit doktrinärer Art zu Gunsten der Sozialdemokratie, aber eine solche Tätigkeit nur außer jedem Zusammenhang mit der Lehrkanzel, von dieser Kanzel gewaltsam zu entfernen. Alle ähnlichen Maßregeln, die früher einmal die Unterrichtsverwaltung getroffen hat, sind nur zu ihrem Nachtheil ausgefallen, und Herr Boffe hätte daher Grund genug, heute den Drängern zuzurufen: Minder Eifer schadet nur!

Deutsches Reich.

Hof- und Personalmachrichten. Berlin, 7. Mai. Der Kaiser besichtigte heute morgen auf dem Tempelhofer Felde die Bataillone des 2. Garberegiments z. F., nahm auch später das Frühstück im Dinersalons des Regiments. Es folgte die Entgegennahme des Vortrages des Oberst des Militärkabinetts und darauf die Rückkehr nach dem Neuen Palais.

Die Sitzung des Reichstages.

XX Berlin, 7. Mai. Der Reichstag hat die heutige Sitzung mit der Erörterung über die Gültigkeit der Wahlen der Abg. Dr. Voeltcher-Waldob und v. Dziembowski-Meyerhoff-Most ausgefüllt. Der Antrag v. Marquardsen auf Wiedereröffnung der Diskussion scheiterte an dem Widerspruch des Centrums und der Antikenten; Abg. v. Marquardsen bemerkte, er habe sich am Freitag lediglich infolge eines Verwechslens nicht zum Worte gemeldet. Abg. Wartz (fr.) bestritt die nochmalige Diskussion. Nach einer langen Geschäftsordnungsdebatte über die Frage, ob über den Antrag auf Diskussion abgethan werden könne, was der Präsident in Uebereinstimmung mit Nebenrednern ablehnte, wird die Wahl Voeltcher's in namentlicher Abstimmung mit 214 gegen 55 Stimmen für ungültig erklärt. Mit den Nationalliberalen stimmt für Gültigkeit das Gros der Konservativen; die Führer derselben, Frhr. v. Montenuff, Graf Vinburg ufw., stimmen für Ungültigkeit. Das Hans ging absonn zur Prüfung der Wahl des Abg. v. Dziembowski über. Die Wahlprüfungskommission hat die Ungültigkeit der Wahl wegen amtlicher Wahlbeeinträchtigungen, d. h. weil die Landräthe einen Aufbruch zu Gunsten des Herrn v. Dziembowski unter Verletzung ihres Amtesleids unterzeichnete. Die Rechte gab dabei die seltsamsten Entschlüsse über das Wahlrecht der Beamten zum besten. Abg. Camb erklärte es für eine Degradation des Beamtenstandes, wenn man ihnen verleihe, Wahlkreise in ihrer amtlichen Eigenschaft zu unterzeichnen. Im vorliegenden Falle ist zudem der Gegenstand ein — Bole gewesen. Für die Rückverweisung der Wahl an die Kommission sprachen v. Marquardsen und Dr. Friedberg (natl.). Man dirte den Wählern nicht zuzumuten, daß sie sich durch solche Titel — Landräth! — beeinflussen lassen! Spahn (Centr.) ist gegen den Antrag. Staudy (fom.) beantragt darauf, die Wahl zu beanstanden und Erhebungen über andere Punkte des Wahlprotokolls zu veranlassen. Abg. v. Komierowski erinnert an die Rede des Fürsten Bismarck, der das Verhalten des damaligen Landräths von Wehligen, Dr. Baumbach, der mit dem Wahlprotokoll Dr. Lössler in seinem Wunde in Wahlkreise herumgeschickten sei, für unzulässig erklärt habe. Dagegen (Centr.) hält die Entziehung der unzulässigen Wahlenwahl (Antil) schärfere seine Geltendmachung in der Wahlaktion; die Landräthe hätten ihre Autorität durch ihr Verhalten schwer geschädigt. Nach einer längeren Debatte, in der die Abg. v. Deenen, Prinz Joachim, v. Dudenow, Bader, v. Komierowski gegen den Antrag, Spahn, v. Kardorf und Cunnereus für denselben sprachen, wurde bereit abgethan und die Wahl des Abg. v. Dziembowski mit 201 gegen 112 Stimmen für ungültig erklärt. Der Präsident schließt die Sitzung und setzt auf die Tagesordnung für Mittwoch den Rest der heutigen,“ nämlich die Umsturzvorlage. (Große Seiterfeit.)

Dr. Langerhans und Minister v. Köller.

Der berliner Stadtoberordneter-Vorsteher Dr. Langerhans hat am Sonnabend im Abgeordnetenbause eine Unterredung mit dem Minister v. Köller gehabt. Die Unterredung drehte sich um die Stellung des Ministers zu der Petition der berliner Stadtoberordneter v. Langerhans hat darüber in einer Verammlung des Bezirksvereins des konservativen Stadtwahlkreises die Mitteilung gemacht, daß Minister v. Köller die den Stadtoberordneter das Petitionsrecht in politischen Dingen gewähren oder verweigern könne. Dr. Langerhans wies darauf hin, daß in einem früheren Hause Fürst Bismarck die berliner Stadtoberordneter-Verammlung

birekt aufgefordert habe, von ihrem Petitionsrecht in einer politischen Angelegenheit Gebrauch zu machen. Demgegenüber meinte Herr v. Köller, daß in solchen Fällen es die Regierung sei, welche der Stadtoberordneter-Verammlung eine Vorlage mache, und daß die Stadtoberordneter über eine solche Vorlage allerdings verhandeln müßten. Dr. Langerhans bemerkte darauf, daß nach Ansicht des Ministers die Stadtoberordneter ein Petitionsrecht nur dann besitzen, wenn es der Regierung in den Kräfte passe, das heißt wenn sie zu Gunsten der jeweiligen Regierung petitioniren. Nirgends siehe in der Städteordnung, daß die Stadtoberordneter das Petitionsrecht nicht ausüben dürfen, das jedem Schutzbürger gewährt ist. Dieses Petitionsrecht habe er der Stadtoberordneter-Verammlung nicht verkränken lassen wollen. Herr v. Köller habe ihm gesagt, daß er über diese Angelegenheit eine gerichtliche Entscheidung herbeiführen würde. Er habe dem Minister antwortet, daß er ihm, was er wolle; die gerichtliche Entscheidung werde die Stadtoberordneter-Verammlung kaum noch interessieren, seitdem das Reichsgericht eine alte ausgebreitete Konstitutional-Ordnung, die ganz gegen das Recht der heutigen Zeitströmung ist, als zu Recht bestehend erklärt hat.

Die Nationalliberalen und die Umsturzvorlage.

Die nationalliberale Fraktion des Reichstages hat ihre Verhältnisse über den Kommissionsbericht zur Umsturzvorlage am Dienstag beendet. Ueber das Ergebnis schreibt die „Nat.-Ztg. (Ber.)“ Es bedarf kaum nochmals der besonderen Erwähnung, daß die Vorlage, so wie sie aus der Kommission hervorgegangen ist, allen Mitgliedern der Fraktion gleichermassen unannehmbar erscheint. Aber nach Lage der Dinge mußte auch die Erwartung aufgegeben werden, den unangenehmen Entwurf derart rückwärts zu verfahren, daß er brauchbare und annehmbarere Mittel zur Abwehr der Umsturzbestrebungen darbiete, ohne mit weit abseits liegenden Nebenfragen verknüpft zu sein. Selbst wenn alle vorliegenden konservativen Anträge zum Entwurf, was ja völlig ausgeschlossen ist, angenommen würden, bliebe immer noch so viel von der liberal-konservativen Verbesserungsmacht an der Kommission bestehen, daß der Entwurf mehr eine Gefahr für geistige Freiheit und das Wahren religiöser Duldbarmkeit wäre, als eine Verhinderung der Rechtsmittel für die Staatsgewalt zur Abwehr gewaltthätiger Unterdrückungsversuche an den Fundamenten von Staat und Gesellschaft. Es versteht sich, daß die nationalliberale Fraktion an den einzelnen Bestimmungen in der zweiten Lesung mit dem Bedauern theilnimmt, überaus das kleinere Übel an Stelle des größeren zu setzen; auch daß sie ihren Widerstand gegen die Aenderung der einzelnen Paragraphen durch Eventualanträge von Fall zu Fall zum Ausdruck bringt. Doch wird sich ja bald genug ergeben, daß es sich auch bei den Anträgen aller anderen Parteien nur noch um die Wahrung des eigenen Standpunktes, in keiner Weise aber um ein auf Erfolge berechnetes Vorgehen handelt. Die Vorlage muß für jetzt überhaupt als abgeschert betrachtet werden, denn auch die konservativ-liberale Mehrheit ist ja inzwischen wieder zerfallen. Eben aus diesem Grunde läßt sich aber auch einem frühzeitigen Abschluß der zweiten Lesung und damit der Verfassungen überhaupt entgegensehen.

Der Antrag König in der Kommission.

Die Kommission für den Antrag König hat am Dienstag wieder einmal einige Stunden mit Unterredungen über den ersten Punkt des Arbeitsprogramms, den Zweck des Antrags, den Abg. Graf Schwerin in einer besonderen Resolution formuliert hat, ausgefüllt; aber auch diese vierte Sitzung hat noch nicht zu einer Abstimmung geführt. Die Abg. Dr. Meyer-Halle (fr. Bldg.), Fiedler (Gr.), Galler (frhd. Volksp.), Schulze-Weene (natl.), Caspeltmann (frhd. Volksp.), Franz-Baden (natl.) sprachen gegen den Antrag König bez. die Resolution Graf Schwerin, während Abg. v. Komierowski sich mit dem Zweck des Antrags einverstanden erklärte, aber das Urtheil über die Durchführbarkeit desselben vorbehält.

Errichtung von Gewerbeämtern.

Die Kommission des Reichstages zur Vorbereitung der Novelle zur Gewerbeordnung hat am Dienstag auf Antrag des Abg. Spahn (Centr.) eine Resolution beschlossen, durch die der Reichstagern erucht wird, dem Reichstage baldmöglichst den Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung von Gewerbeämtern vorzulegen, welche zur Beschaffung jener sämtlichen in der Gewerbeordnung geregelten gewerbepolitischen Angelegenheiten berufen und aus einem Stadtbeamten als Vorkandidaten und aus von den Gewerbetreibenden und Nichtgewerbetreibenden je zur Hälfte gewählten Mitgliedern gebildet sind.

Neues Maschinenunglück auf der „Katharin Augusta.“

Die „Nat.-Ztg.“ schreibt: Vor einigen Tagen haben wir die Mittheilung erwähnt, daß auf dem Kreuzer 2. Klasse „Katharin Augusta“ ein abnormer Zusammenbruch der Maschinen stattgefunden, nachdem die Maschinen sich schon früher als ungewöhnlich erwiesen hatten und infolgedessen eine umfassende Erneuerung erfolgt war. Wenn die Weibung begründet ist, so hat zu berichten, daß der Bau dieses Schiffes als vollständig verfehlt erwies. Die Angelegenheit scheint uns zu einer Anfrage im Reichstag anzuheben, um festzustellen, wo die Schuld an dem Wagnisse zu suchen ist und ob dafür gefordert ist, daß dasselbe sich nicht bei anderen Schiffbauten wiederholt.

Darin liegt die große Bedeutung des heute streitigen Falles, daß es ein Präzedenzfall ersten Ranges ist. Naturgemäß würde eine Regierung, die beschäftigt, überhaupt eine Säuberung des Lehrkörpers vorzunehmen, immer den Anfang mit einem Sozialdemokraten machen; denn da liegen die geringsten Schwierigkeiten in der Parteiführung. Da könnte man immer sagen, der Sozialdemokrat sei eigentlich ein Republikaner, ein Umstürzler, und der biete nicht Universitätslehrer sein. Man hat versucht, den Privatdozenten in eine bismarckianische Stellung zu versetzen, und dann das sozialdemokratische Verhalten als eine Verletzung der Amtspflicht darzustellen. Der Beamte vertritt sich zur Krone gegen die Krone, zum Hofstaat gegen Hof und Hofhaltung. Ist nicht die sozialdemokratische Ueberezeugung eine Verletzung des Treuebundes? Wir wissen aus der Vergangenheit, daß diese Frage häufig gestellt wurde für Männer anderer Parteien, für Professoren, und daß diese Frage allerdings besteht und die Professoren ihres Amtes entsetzt worden. Das ist in Sachen unter Weisk in Preußen unter Mißler gesehen. Männer wie Mommsen, Müller, Haupt, Joha haben darunter gelitten. Wenn man damals gar nicht das sozialdemokratische Glaubensbekenntnis für die Abfertigung bedurfte, meint man, daß heute dieses Erforderniß als unentbehrlich angesehen werde? Nun aber ist der Privatdozent thätiglich nicht Beamter. Das hat das preussische Unterrichtsministerium wiederholt in besonderen Weisungen ausgeprochen. Der Privatdozent hat mit dem Unterrichtsminister unmittelbar überhaupt nichts zu thun. Er hängt gar nicht von dem Unterrichtsminister ab, er wird von dem Unterrichtsminister nicht ange stellt, er erhält kein Gehalt, er empfangt die Erlaubnis, Vorlesungen zu halten, ausschließlich nach dem freien Ermessen der Fakultät auf Grund seiner wissenschaftlichen Befähigung. Die Fakultät überträgt bei der Ordnung wegen allerdings dem Minister von der geschlossenen Facultät Mittheilung zu machen. Aber der Minister hat nicht etwa Einspruch zu erheben oder auszusprechen, daß er keinen Einspruch geltend mache. Er hat überhaupt nicht mitzusprechen in der Frage der Zulassung. Darin heucht größtentheils die Freiheit der Wissenschaft. Denn in die Hände der Fakultäten ist es gelegt, diese Weise, unabhängig von der Regierung, für den Nachwuchs zu sorgen. Hätte der Minister das Recht, zu entscheiden, wer als Privatdozent lesen und nicht lesen solle, so hätte er auch zu entscheiden, wer sich für die Professur vorbereiten und empfehlen dürfe. Denn naturgemäß resultiren sich die Professoren aus den Privatdozenten. Wir haben alle Ursache zu der Vermuthung, daß Herr Boffe, der heutige Kultusminister, einige Unbequemlichkeiten empfindet, daß er mit dem Fall Kronz befaßt wird. Er hat nicht aus eigener Neigung diese Angelegenheit in Betracht gezogen. Aber man ist an ihn herangetreten, wie man nach dem Prozeß Kirchhoff an den preussischen Justizminister herantrat, damit der Landgerichtsdirektor Schmidt an eine Civilkammer verlegt werde. In keinem Gele ist dem Unterrichtsminister die Erlaubnis erteilt, einen Privatdozenten von der Universität selbstständig zu entfernen. In den Universitätsstatuten heißt es ausdrücklich, daß diese Entfernung nur wegen grober Unzulänglichkeiten auf Antrag der Fakultät geschehen könne. Das ist denn auch wiederholt geschehen. Wir erinnern uns, daß einmal ein Privatdozent der medizinischen Fakultät entfernt wurde, weil er einen Studenten überheuert hatte; wir erinnern uns besonders des Falles Dühring, in dem der große Privatdozent wegen seines Konfliktes mit Adolf Wagner die Befähigung zu den Vorlesungen verlor. Hier hat die Fakultät ausdrücklich abgelehnt, die Entfernung des Privatdozenten Dr. Kronz zu beantragen; im Gegentheil, sie hat schon vor drei Jahren seine Entlassung zum unangenehmsten Professor vorgeschlagen. Die Fakultät erklärt, daß für sie in der politischen Gesinnung eines Privatdozenten, sie sei, welche sie wolle, kein Grund vorliege, gegen ihn einzuschreiten. Die Fakultät, die begrifflichweise aus Männern der bürgerlichen Parteien besteht, sieht in der Wissenschaft den neutralen Boden für die Talente aller Par-

Nur noch kurze Zeit!

weiter ermässigte Preise!

Wir lösen unser seit 6 Jahren bestehendes Specialgeschäft von

Teppichen, Möbelstoffen, Gardinen, Portièren, Tischdecken etc.

vollständig auf. Sämmtliche Waren stehen im Anverkauf zu so billigen Preisen, dass die denkbar günstigste Gelegenheit zu vortheilhaften Einkäufen geboten ist.
Der Verkauf zu festen Preisen ohne jeden Abzug und gegen Bar findet von 9 Uhr früh bis 7 Uhr Abends statt.

A. Drews Nachf. (Paul Meusel & Co.), Gr. Ulrichstr. 52,
Gardinen-Fabrik, gegründet 1869.

Wegen Geschäftsaufgabe

Bewilligen wir von heute ab auf unsere bekannt billigen Preise
einen Rabatt von 15—20%.
Wie bekannt, führen wir nur solche Qualitäten, und zwar befinden sich in großer Auswahl noch an Lager:

Kleiderstoffe und Confectionsstoffe,
Stoffe für Herren- und Knaben-Anzüge,
Jupons — schwarze Seide — Spitzen,
Leinen- und Baumwollwaren, Handtücher,
Taschentücher, fertige Unterröcke u. Schürzen.
— **Rester.** —

Schalze & Petermann,
Halle a/S., Cleverinstr. 5, 1 Tr., Eckhaus unterhalb der Marktstraße.

Achtung!

In Folge Abbruch's des Hauses Gr. Ulrichstraße 56 verlegt ich meine
Bürole nach

Gr. Ulrichstraße Nr. 18a

(Dem Hause der Herren Knoch & Kallmeyer) und können dieselben
von jetzt an abgebrannt Glühkörper und sonstige Beleuchtungsgegen-
stände jederzeit wieder in Empfang genommen werden.
Ebenso unterhalte ich auch ein reiches Lager schöner Gasfrenen,
Gasfächer, Gasochöfen u. s. w. und lade ich zur Befichtigung
dieselben ergeben ein.

F. A. Richter,

alleiniger Vertreter für Halle'sches Gasablicht,
Frankenstr. 7 u. Gr. Ulrichstr. 18a.
Fernsprecher 753.

Wichtig



für jeden Radfahrer oder denjenigen, der
es werden will, ist, bevor man sich ein
neues Fahrrad kauft, das große Lager
mit allen 866 Modellen der Otto
Giseke, Große Steinstraße 88, an-
zusehen.
Befichtigung ist auch Nichtkäufern gern
erlaubt.

Otto Giseke,

Fahrradhandlung und Reparatur-
werkstatt.

Brennholz-Verkauf

der Arbeitsstätte des Vereins für Volkswohl.

Die obige Arbeitsstätte liefert ausgezeichnetes Brennholz allerbesten
Qualität zu folgenden Preisen:

1 Raummeter =	9,50 Mt.,
1/2 " "	4,75 "
1/3 " "	3,17 "
1/4 " "	2,35 "
1/5 " "	1,84 "
1/6 " "	1,53 "
1/8 " "	1,18 "
1/10 " "	0,95 "
1/12 " "	0,79 "
1/15 " "	0,64 "

Da mit aller Bestimmtheit festgestellt worden ist, dass andere Verkäufer
von Brennholz wiederholt das Publikum dadurch getäuscht haben, dass sie an-
gaben, von der Arbeitsstätte des Vereins für Volkswohl zu liefern, dass sie
sinnlos die Forderung, sogar Entschädigung und Strafgeldern bei der Ver-
eignung: Arbeitsstätte für Arbeitsstätte" vorgehen, und die unterzeichnete
Arbeitsstätte dadurch beschweren über Lieferung minderwertigen Holzes er-
hält, wird ersucht darauf hingewiesen, dass die diesseitigen Holzverkäufer
genau Wägen mit der Aufschrift: "Verein für Volkswohl" tragen. Dieselben
sind auch in dem Besitze von Liniaturen und Beschriftungen, welche ebenfalls
mit der Aufschrift: "Verein für Volkswohl" versehen sind.
Wer geneigt ist, unsere Bestellungen zu unterliegen, bitten wir, auf die
angewiesenen Umstände genau achten zu wollen.

Die Arbeitsstätte des Vereins für Volkswohl.

Unübertroffen

als Schönheitsmittel und zur Hautpflege,
zur Bedeckung von Wunden sowie in der Kinderstube

LANOLIN Toilette-Cream **LANOLIN**

aus patent. Lanolin der
Lanolin-Fabrik
Martinikenfelde.
Nur echt, wenn mit



In Zinntuben à 40 Pfg. u. in
Blechdosen à 60, 20 u. 10 Pfg.
Schutzmarke
"Pfeiling".

In den meisten Apotheken und Drogerien von Halle, in Land-
berg in der Apotheke, in Giechlebenstein in der Apotheke n. Drogerie,
in Teutschenthal in der Apotheke von J. Kupfer, in Lauchstädt in der
Apotheke von Rudolf Pletschmann, in Schafstädt in der Apotheke
von Dr. H. Block, in Schkenditz in der Apotheke, in Aliehlen a/S.
in der Adler-Apotheke von H. Siegel, in Bad Kissingen in der
Apotheke von G. A. Boxberger.

Eisernes Baumaterial jeder Art

17 jährige Specialität.
Grosse Lager. — Schnelle sachgemässe Lieferung.
Anfertigung
sämmlicher Arten Bau-Eisenconstructions.
Vortheilhafte Preisnotirung frei jeder Bahnstation.
Hingst & Scheller, Halle a/S.,
Wuchererstrasse 80/81.

Die **Rundschrift** Min.
steriell
empfohlen

Mit Vorwort von Geh. Reg. Rat Prof. F. REULEUX
herausgegeben von
F. SOENNECKEN

Teil I zum Selbstunterricht, vollständig. Leihgang n. 1 Ausw. (25) Pfd. M 2.80
Man achte genau auf den Namen F. SOENNECKEN
Berlin • F. SOENNECKEN • Schreibwaren-fabrik • BONN • Leipzig

Garten- und Balkon-Möbel,
Naturholz-Möbel, Sette, Settbänke,
Rollschuhwände, Rasenmäschmaschinen,
empfehlen billigst
Wilh. Heckert, Gr. Ulrichstr. 62.

Tausende Belobigungsschreiben
aus allen Theilen Deutschlands

Es liegt klar auf der Hand
dass man direkt vom Fabrikanten seine Herr-
schaft-Stoffe am besten und vortheilhaftesten
bezieht, d. h. ohne Zwischenhändler, sondern
aus der Fabrik direkt mit herangezogenen
Preisen zu beziehen, welche wir an
jedermann selbst Fabrikpreisen, franco
versenden.
Schnelle Entschädigung.

Lehmann & Assmy
Tuchfabrikanten
Spremberg, Nieder-Lausitz.

Jul. Soeding & v. d. Heyde, Goerde i/S.
Maschinenbau-Anstalt und Messschmiede.
Liegende Ausziehfessel
und
stehende Hühnerfessel
bis 30 cm Heißl. auf Lager.
Größere Hühnerfessel
und
Fessel anderer Bauart
in kurzer Zeit lieferbar.
Preislisten
mengenmäßig.

Artillerie-Geschosstransportkästen,
in jedem Haushalt zu gebrauchen, offerirt à Stück 1 M 50 s.
F. Karbaum, Halle a. S.

Herren-Cylinderhüte,
erren-Chap. mécaniques,
erren-Filzhüte,
erren-Lodenhüte
von 300 Mark an bis zu
den besten.
Knaben-Hüte
empfehlen in deutschen, engl. u. Wiener
Fabriken, große Auswahl.
Christian Voigt,
Schmeckstraße 21.
A. Pfeifer,
Mechaniker,
Halle, St. Embden, 23. L.
Nähmaschinen-
Handlung,
Reparatur-Werkstatt.
Gratz-Gettel,
Nadeln, Seile etc.

Große Betten 12 M.
(Oberbet., Unterbet., Stroh-Matten) mit ge-
richtigsten neuen Federn bei Gustav
Kühlig, Berlin S., Ringstraße 46. West-
119, telefonirt. — Die Hefenrechnung
schreiben.

Zweibrünnen
aus nur besten rein. Feulder,
selbstgeleitet, empfiehlt ab Lager bis
150 mm Breite, desgleichen ff. Nässe
und Vorderriemen, Sohlleder zu
Wasserkesseln, Riemenweb., u. s. w.
Reparaturen prompt u. billigst.
H. Donner, Sattlermeister, G.
Halle, Frankstraße 18.

Aus erster Hand
bediene jedes Raach feinste Tuche,
Bürstlein, Cheviot, Sam-
garn- und Paletstoffe zu Ori-
ginal-Preisen.
Strom- bestkume meter
Muttercollektion zu verlangen,
welche auch an Private frei über-
sende, um sich von dem vortheil-
haften Bezug zu überzeugen.
Paul Emmerich,
Buchhändler
Spremberg (Lausitz).

**Wasch-
Tafel-
Kaffee-
geschirre.**
G. Kohlitz,
Leipzigerstrasse
92.

**Kinderwäsche,
Ausstattung**
für Neugeborene
steuert zu billigen Preisen
Minna Haase, Gellstr.
Reine und gebrauchte Möbel
aller Art best. billig Brunostrasse 7.
Die beste Feder ist
AUS WEDD'S
HANDELSFEDE

Die Expeditionen der Halle-Zeitung
bestehen bei
Gr. Berlin, Neue Promenade 1
Markt 24 (Königsgebäude).